

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferungs infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 8909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 157 B

BERLIN • Donnerstag, den 7. Juli 1932

1. JAHRGANG

Braunschweig als Mörder-Paradies.

Unter der Faust Mussolinis. Das Landproletariat.

F. F. I. Zehn Jahre ist der Faschismus in Italien an der Macht. Was hat seine Herrschaft den Werkträgern gebracht? Sofort nach der Machtergreifung zerschlug der italienische Faschismus die kollektiven Lohnverträge der Arbeiter. Er zertrümmerte alle sozialen Errungenschaften und drückte die Löhne der Landarbeiter bis unter die Hälfte des Niveaus der vorfaschistischen Periode herab.

Die Arbeitslosigkeit unter dem ländlichen Proletariat, die nach den offiziellen Angaben im Jahre 1922 zehn Prozent betrug, ist bis heute auf 50 Prozent gestiegen! Kein Landarbeiter erhält irgendeine öffentliche Unterstützung.

Sehr verbreitet ist in Italien die landwirtschaftliche Betriebsform der Halbpacht. Die Halbpächter stehen fast noch schlechter als die Landarbeiter. Wie der deutsche „Führer“, so proklamierte einst auch der italienische „Duce“: Das Land den Bauern! Wie heute hinter HITLER, so standen damals auch hinter MUSSOLINI der adlige Großgrundbesitzer, das geldgierige Großbürgertum und die bezahlten Kampfabteilungen. Sobald der Faschismus die Staatsführung an sich gerissen hatte, wurden die sozialdemokratische und die katholische Landarbeiterorganisation, die je eine Million Mitglieder zählten, aufgelöst. Sie hatten nämlich nach zähem Ringen das Recht erkämpft, daß schlecht bearbeitetes Land der Großgrundbesitzer und der religiösen Institutionen von den Landarbeitern und Kleinbauern selbst bewirtschaftet werden konnte. (Königl. Dekret vom Jahre 1919.) Auf diese Weise sind damals allein auf Sizilien 39 000 ha Land von Kleinbauern und Landarbeitern besiedelt worden. Am 11. Januar 1923 annullierte MUSSOLINI das Dekret von 1919 und vertrieb die Landleute wieder von der sauer erarbeiteten Scholle. Und mit dem Gesetz vom 8. Juni 1924 wurde sogar das Gemeindeland den Großgrundbesitzern übergeben, wodurch die früheren Gemeindepächter zu Halbpächtern der nach eigener Willkür verfahrenen neuen Eigentümer herabsanken. Die Halbpächter werden nur in Naturalien entlohnt, sie erhalten theoretisch die Hälfte der Produktion für sich. In Wirklichkeit stellt ihre Entlohnung nicht annähernd 50 Prozent des Ertrages dar; weil sie selbst — nicht etwa die Besitzer der Riesengüter — die auf der Erzeugung ruhenden Steuern zahlen müssen. Man sieht, der Faschismus hat seine Gründe, wenn er eine allmähliche Ausdehnung der Landbebauung in Form der Halbpacht auf ganz Italien fordert, wie es der faschistische Landwirtschaftsminister in einer offiziellen Erklärung tat: „Die Lohnarbeit auf dem Lande muß nach und nach völlig beseitigt werden. Denn sie erfordert die Einhaltung einer festgelegten Arbeitszeit und Bezahlung in barem Gelde, während der Werktag des Halbpächters keine Grenzen kennt und er meist noch ohne besondere Entschädigung seine ganze Familie in die Arbeit miteinspannt. Er trägt das Risiko guter oder schlechter Ernten und schwankender Preise. An sein Stück Land gekettet, wird er zu einem gefügigen Instrument des Eigentümers.“

Für die 1919 eingerichtete Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit brachten die Landarbeiter mehr als eine Milliarde Lire an Beiträgen auf. Davon flossen kaum ein Drittel in ihre Taschen zurück; denn

aus diesem Fonds nahmen die Faschisten die Hunderte und aber Hunderte von Millionen, mit denen sie die Großindustrie subventionierten, und die sie in die Meliorationsarbeiten steckten.

Das meliorierte Land muß heute unbebaut liegen bleiben, da die Regierung schon lange kein Geld mehr hat, die Kassen der Arbeiterorganisationen mittlerweile leergeplündert sind und die Kapitalisten ihr Geld nicht für die allein auf Reklamewerbungen eingestellten Unternehmen dieser Art riskieren wollen. Die Landarbeiter und Kleinpächter — eine müßige Feststellung — haben natürlich noch viel weniger Geld oder eine andere Möglichkeit, das Land zu bestellen. Der größte Teil der Meliorationsarbeiten, die eine inter-

Klassenkämpfer und Nicht-Nationalisten werden nicht amnestiert.

W—er. Der Hauptausschuß des Landtages nahm am Dienstag den neuen nationalsozialistisch-bürgerlichen Amnestieentwurf mit einigen redaktionellen Änderungen an. Die SPD-Fraktion stimmte gegen die Vorlage. Das Gesetz soll sofort der Regierung zugeleitet werden, so daß es schon in den nächsten Tagen in Kraft treten kann. Durch das Gesetz wird Straferlaß gewährt für die bis zu seinem Inkrafttreten von braunschweigischen Gerichten und Behörden rechtskräftig erkannten und noch nicht oder noch nicht völlig verbüßten Strafen, soweit die den Strafen zugrundeliegenden Straftaten ausschließlich oder vorwiegend aus politischen Beweggründen begangen worden sind,

- es sei denn daß, a) die Tat aus einer Gesinnung heraus begangen ist, die die Volksgemeinschaft durch Klassenkämpferische oder internationale Bestrebungen gefährdet; b) eine bewußte planmäßige Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nachgewiesen oder wahrscheinlich gemacht worden ist; c) die Tat oder die Art ihrer Ausführung von besonders (!) niederer Gesinnung zeugt.

Da die Gesetzesvorlage von den Mitgliedern der Mehrheitsparteien unterschrieben worden ist, kann man annehmen, daß der Entwurf durch den Landtag zum Gesetz erhoben wird. Es bleibt, da die Arbeiterschaft zunächst noch immer infolge ihrer Zersplitterung unerhört geschwächt ist und selbst durch so ungeheuerliche Taten wie die jetzt vorliegende aus Braunschweig nicht einmal zusammengetrieben wird, außerparlamentarischen Protestaktionen nichts weiter übrig, als dies tolle Machwerk von Gesetz bei den höheren Instanzen zu beanstanden.

Es ist klar, daß mit diesem Gesetz ein anständiger Richter gar nichts anfangen kann; denn wodurch wird eine internationale Bestrebung gekennzeichnet; worin liegt die Gefährdung einer Volksgemeinschaft oder was ist eine klassenkämpferische Bestrebung?

Die Verfasser dieses liederlichen Dokuments hatten wahrscheinlich auch gar nicht vor, einen brauchbaren Gesetzentwurf zu schaffen, sie wollten lediglich ihrer hysterischen

Wut gegen alle Ansätze menschlicher Vernunft die Zügel schießen lassen. Daß ein solches Gesetz vor ein deutsches Parlament kommt, ruiniert das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland sicher weit mehr als irgend jemand es tun könnte, der das deutsche Volk mit Recht nicht für einen Ausbund von Tugenden und Schönheit hält. Dieses Gesetz zeigt aber auch ziemlich Blenden, was das ganze Gequatsche von der Volksgemeinschaft bedeutet. Diese Volksgemeinschaft besteht in Wirklichkeit überhaupt nicht. Die Vorstellung davon besteht in den Schädeln deutscher Demokraten und Sozialdemokraten und sentimentaler Christen auf Grund mangelnder Erfahrung und eines fürchterlichen Irrtums, des Irrtums nämlich, daß alle Leute, die zwischen Maaß und Maaß und Besch und Bait wohnen, auch die gleichen Interessen hätten. Diese Vorstellung zu erhalten, ist ein Geschäftsinteresse aller Leute, die daraus Nutzen ziehen, die eine Volksgemeinschaft gegen die andere auszuspielen. Ein Geschäftsinteresse also der internationalen Mordindustrie und ihrer Angestellten, der faschistischen Banden.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen die Taten der Braunschweiger Regierung betrachtet werden. Wenn man sie so betrachtet, dann sieht man selbstverständlich ein, daß der Appell an höhere Instanzen, etwa an Herrn von Gayl oder den Staatsgerichtshof im Grunde genommen sinnlos ist. Die ganze Aktion der Braunschweiger Leute ist ein reiner klassenkämpferischer Akt und kann nicht anders als durch den Klassenkampf entschieden werden. Wir betrachten den Appell an höhere Instanzen nur deshalb für richtig und wichtig, weil dabei herauskommen kann und soll, was zwar viele Leute schon wissen, was aber alle wissen müssen: daß auch Reichsgericht und ähnliche Instanzen nur Einrichtungen der herrschenden Klasse, also „klassenkämpferische“ Einrichtungen sind. Erst, wenn das genügend klar ist, werden sich vielleicht die Klassenkämpfer auf der anderen Seite formieren und die Gesellschaft, so umändern, daß in ihr keine eingebildete Volksgemeinschaft die Köpfe verkeilt, sondern die wirkliche Gemeinschaft der arbeitenden Menschen vorhanden ist. Alles, was heute noch herumlungert und angeblich den Schutz der Volksgemeinschaft betreibt, wird dann zum Teufel gejagt werden.

essierte In- und Auslandspresse als den Beweis der Großzügigkeit des herrschenden Faschismus in den Himmel hebt, sind längst zum Stillstand gekommen, aber die ungeheuren Skandale und die grenzenlose Korruption, die mit der Vergabung der Arbeiten und Lieferungen an die einzelnen Großunternehmer verbunden sind, ziehen noch immer weitere Kreise — selbst die faschistische Presse muß das zugeben.

Der Fremde, der heute nach Italien kommt, um dessen Schönheiten zu bewundern, merkt meist nichts von der bitteren Not und Angst auf dem Lande. Er stellt höchstens fest, daß die alten Volklieder der Bauern nicht mehr gesungen werden, daß die heitere Lebensfreude erloschen ist, die früher so charakteristisch für den italienischen Landmann war. Er hält diese „Ruhe und Ordnung“, die das faschistische Regime angeblich in Italien geschaffen hat, für den sichtbaren Ausdruck von MUSSOLINIs erfolgreichem Wirken. Nur wenige wissen, daß diese tödliche Ruhe nichts anderes ist, als das äußere Zeichen des beispiellosen wirtschaftlichen und moralischen Druckes, der heute auf der italienischen Landbevölkerung lastet.

Mussolini in Zahlen.

Nach den offiziellen Angaben des internationalen Arbeitsamtes in Genf steht die Kaufkraft des Lohnes der italienischen Arbeiter an letzter Stelle in ganz Europa. Die englischen Löhne mit 100 Prozent angesetzt, beträgt die Kaufkraft der Löhne in Deutschland 70 Prozent, Polen 61 Prozent, Jugoslawien 45 Prozent und Italien 39 Prozent!

Auf die gleiche Währung umgerechnet ergibt sich für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung in den einzelnen Ländern folgendes Bild: Der Erwerbslose erhält im Durchschnitt in

England täglich	19 Lire (1 Lira = 0,21 Mark)
Frankreich täglich	12 Lire
Deutschland täglich*)	13 Lire
Italien täglich	4 Lire

Der italienische Arbeitslose bekommt diesen ohnehin lächerlichen Betrag aber nur für die Höchstdauer von drei Monaten. 1 050 000 Arbeitslose geben die offiziellen italienischen Ziffern zu. Davon gelangen aber nur 200 000 in den Genuß der Unterstützung.

Für die „Sturmabteilungen“ der italienischen Faschisten, die Milizia Nazionale, muß das schon furchtbar ausgeplünderte italienische Volk täglich 1,4 Millionen Lire aufbringen. Die 100 000 faschistischen Geheimpolitisten kosten mit ihrem ganzen Apparat täglich 2,2 Millionen Lire!

Im zweiten Halbjahr 1931 wurden vor den italienischen Gerichten nicht weniger als 51 politische Prozesse verhandelt, in denen 427 Angeklagte Zuchthausstrafen von insgesamt 1890 Jahren erhielten.

Das faschistische Sondergericht allein hat in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens, seit 1926, elf Todesurteile, 35 Verurteilungen zu lebenslänglichem Zucht-

*) Vor der jüngsten Kürzung.

haus und über 2000 Zuchthausurteile zwischen fünf und dreißig Jahren ausgesprochen.

Auch die folgende Gegenüberstellung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Kriminalität des faschistischen Italien. Im republikanischen Preußen mit seinen 38 000 000 Einwohnern haben im Jahre 1931 30 000 Personen in den Gefängnissen und Zuchthäusern Strafen abgebußt. (Das Königreich Preußen zählte im Jahre 1913 53 700 Strafgefangene.) Nach der offiziellen Statistik des italienischen Justizministeriums befanden sich dagegen im Jahre 1931 in den italienischen Strafanstalten insgesamt 134 000 Personen. Italien zählt 42 000 000 Einwohner. In diese Rechnung sind jedoch die politischen Gefangenen noch nicht einbezogen, ihre Zahl schätzt man auf 200 000!

Der Kampf des italienischen Volkes.

Trotz des wirtschaftlichen und politischen Terrors greift das Volk in elementaren Revolten zu einer verzweifelten Gegenwehr.

In Bagnolo (Provinz Reggio Emilia) stürmten etwa 250 Arbeiter das faschistische Parteibüro und zerstörten es vollkommen. Die Bilder Mussolinis wurden zerrissen und an ihre Stelle Inschriften gesetzt wie „Nieder mit dem Faschismus!“, „Der Sozialismus lebt!“

Zu schweren Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft und Militär und faschistischer Miliz kam es in Carrara. Obgleich bekanntlich auf Streiks in Italien schwere Strafen stehen, traten die Grubenarbeiter wegen eines zwanzigprozentigen Lohnabbaus in den Streik. Faschistische Miliz und Militär wurden herangezogen, um die Arbeiter mit dem Gewehr in der Hand zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Als die tapferen Antifaschisten auch der Waffengewalt nicht wichen, eröffnete die Miliz das Feuer und verwundete viele der Wehrlosen schwer. Es wurden über 100 Verhaftungen vorgenommen.

In Monterosso (Provinz Catanzaro) zündete die Bevölkerung das Gemeindeamt an und verbrannte das Bild des Duce auf offener Straße.

Nachdem bereits vor einem Monat in Nicastro (Provinz Catanzaro) eine blutig verlaufene Demonstration stattgefunden hatte, bildete sich in diesen Tagen wieder ein Demonstrationzug von 3000 Personen, an dem auch Frauen und Kinder in großer Zahl teilnahmen. Die Markthalle und verschiedene Lebensmittelgeschäfte wurden von der Menge gestürmt und völlig ausgeplündert. Sechs schwerverletzte Demonstranten und vier schwerverletzte Polizisten blieben auf dem Platze, es gab 80 Verhaftungen.

Diese Verhafteten füllen die Zellen der italienischen Gefängnisse.

„Die Reaktion in Italien bleibt nur ein Tagesereignis, weil es sich auf kein Ideal, nicht einmal auf ein falsches gründet, sondern nur auf brutale Gewalt.“ Dieser verhängnisvolle Wahn, der aus den Worten des verbannten ehemaligen Ministerpräsidenten Nitti spricht, hat viele vom Kampf zurückgehalten. Er hält auch in anderen Ländern viele zurück, die Abwehr des Faschismus mit der Kraft zu betreiben, wie sie zur Rettung der Freiheit und des Lebens nötig ist.

Hungeraufstand in Chicago.

In einem Stadtteil Chicagos stürmten 500 Arbeitslose unter dem Ruf: „Wir wollen Fleisch und Brot!“ mit ihren Familien eine städtische Lebensmittelniederlage und plünderten sie vollständig aus.

Die Stadtverwaltung kann sich — wie das in Amerika und auch sonst üblich ist — diese Unruhen nur durch die Agitationstätigkeit von Kommunisten erklären. Ihre Gegenmaßnahmen lassen sich also voraussagen: Verstärkung der Schikane gegen linksgerichtete, als Kommunisten bezeichnete Arbeiter.

Neuer Kommunistenvorstoß in China.

Aus dem Innern des südlichen China, wo verschiedene Gegenden unter kommunistischer Herrschaft stehen, hat eine anscheinend kommunistische chinesische Truppe von — wie es heißt — mehr als 50 000 Mann einen Vorstoß gegen die Provinzen Kiangsi und Kwangtung unternommen. Mehrere Städte sollen bereits von dieser Armee besetzt worden sein.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1933

Die ausstrahlende Hitze des milchweißen Blocks hält die Männer mit den Zangen einige Meter von ihm entfernt. Brantschke hat den Karren zurückgezogen und hält jetzt auch eine der langen Greifzangen in den Fäusten. Mit vereinten Kräften bugstieren sie das glühende Eisen, das sofort bearbeitet werden muß, auf den Amboss. Lange hält die Hand am Dampfhebel, ein genau bemessener Griff: der Hammer fällt mit seinem vollen Gewicht herunter. Einmal, zweimal, zehnmal, der Hammer gehorcht jedem leisen Druck der führenden Hand, schlägt härter, schlägt weicher, geht mit dem Gewicht seiner 250 Zentner spielend weich und glättend auf die Masse nieder, die erkaltend die erste rohe Form annimmt und nach wiederholten Arbeitsgängen in anderen Abteilungen des Werkes fertiggestellt und die Pleuelstange für eine Schiffsmaschine sein wird.

Wieder wird ein Block aus dem Ofen gezogen. Wieder stampfen die Hammerschläge. Die Masse zischt und streckt sich, Funkenregen prasseln nieder. Hitzewellen hüllen die Männer ein. Mit knappen Bewegungen gibt Lange den Helfern Anweisungen. Seine Stirn dampft, die Gläser der Schutzbrille beschlagen. In Bahnen rinnt ihm der Schweiß vom Hals und rieselt an den grauen Brusthaaren hinunter.

Am anderen Ende der Schmiede steht die Gruppe II im roten Feuerkreis. Die schweren Hammer stampfen, dazwischen trommelt der Federhammer in betäubend schnellem Rhythmus, klingen die hellen Schläge der Handschmiede auf den Ambossen . . .

So vergeht eine Stunde und noch eine zweite. Sieben Blöcke hat die Gruppe I roh bearbeitet.

Auf den nächsten Block, der noch nicht fertig ist, müssen sie warten. Lange und seine Helfer haben ihre Stullen ausgepackt. Brantschke kaut mit vollen Backen und liest dabei eine Zeitung. Nach einer Weile tritt er mit dem aufgeschlagenen Blatt an Lange heran:

Freie Bahn für Zollerhöhungen.

r Berlin, 6. Juli.

Gestern hat die Reichsregierung den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, der seit dem 1. August 1926 in Kraft war, zu Ende Januar 1933 kündigen lassen. Die Regierung bekommt dadurch freie Bahn für eine Reihe von Zollerhöhungen. Es kommt dabei besonders auf folgende Waren an:

1. Die Zollbindung für Schnittholz wird beseitigt; eine solche Zollbindung bestand nicht nur gegenüber Schweden, sondern auch gegenüber Oesterreich; dieses hat jedoch vor kurzem auf die Zollbindung verzichtet. Vom Februar ab wird also der sogenannte autonome Tarif für Schnittholz gelten: Die Zölle werden für hartes Schnittholz und Rundholz gegenüber heute verdoppelt werden.

2. Im Vertrag mit Schweden ist der Zollsatz für Rindvieh und Schafe gebunden. Da Bindungen gegenüber anderen Ländern nicht vorliegen, kann die Reichsregierung also den Versuch machen, die Vieh- und Fleischpreise durch Zollerhöhungen in die Höhe zu treiben. Das wird ihr zwar

ohne Erhöhung der Kaufkraft der Massen kaum gelingen. Die Regierung kann aber dann mit der Behauptung Reklame machen, daß sie ja nicht nur zu Gunsten der Getreideproduzenten, sondern auch der Viehproduzenten Zölle erhöht hat.

3. Die Speck- und Schmalzölle sind soeben durch Beseitigung der sogenannten Zwischenzölle erhöht worden. Die Kündigung des Schwedenvertrages macht die Bahn für weitere Erhöhungen frei.

4. Auch die Käsezölle können nach Aufhebung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages erhöht werden.

Die Regierung will offenbar im Herbst Verhandlungen mit Schweden über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages beginnen. Es ist sehr fraglich, ob diese Gelegenheit nicht dazu führen wird, nunmehr nach den Dänen und Holländern auch die Schweden zu verärgern. Was eine solche Verärgerung für die deutsche Industrieausfuhr bedeuten würde, zeigen die folgenden Zahlen: Im ersten Vierteljahr 1932 wurden von Deutschland nach Schweden ausgeführt Waren für 58 Millionen Mark; dem stand eine Einfuhr von nur 24 Millionen Mark gegenüber.

Nein gegen Nein.

S. H. Das Bild der Springprozession taucht angesichts der Lausanner Verhandlungen überall in der Presse auf und nicht mit Unrecht. Während der Abwesenheit von Herriot aus Lausanne hat MacDonald mit Papen Verhandlungen geführt, deren Ergebnisse er als „ehrlicher Makler“ dem zurückgekehrten Herriot präsentiert hat. Sie enthalten die politische Forderung Deutschlands, die durch das Wort „Revision“ auf Herriot und, wie es nahe liegt, auf die hinter ihm stehenden Franzosen wie ein rotes Tuch gewirkt hat. Die Antwort, die daraufhin erfolgte, war denn auch, wie zu erwarten: Herriot lehnte die deutschen Erklärungen mit Entschiedenheit ab, unter dem Beifall der französischen Presse.

Aus welcher verzweifelt schwachen Anhaltspunkten die anwesenden Zuschauer dieser Konferenz ihre politischen Prognosen ableiten, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß das große Reinmachen und Herrichten des Konferenzsaales die Pressevertreter dazu ermunterte, das Herannahen der großen und natürlich glücklichen Schlußsitzung zu prophezeien. Auf diesem Niveau ist das Publikum gelandet.

Währenddessen stehen sich die beiden Hauptpartner verschlossen gegenüber. Papen hat sogar die Abrüstungsfrage, die bereits fallengelassen war, wieder in seine Waagschale hingeworfen. In Frankreich deutet man dieses Vorgehen des deutschen Reichskanzlers als reine Wahlvorbereitung, was auch wohl stimmt. Man muß also damit rechnen, daß die Franzosen, wenn sie nicht durchdringen, die Endverhandlungen vertragen, bis in Deutschland die Wahl vorüber ist — das Gleiche gilt übrigens auch für die Verhandlungen mit Amerika, wo die Präsidentenwahl bevorsteht — und bis Herriot in Frankreich mit seinem Haushalt im reinen ist. Das Thema des Wiederaufbaus Europas, das diese Verhandlung einleitete, ist hinter diesen Kämpfen völlig in den Hintergrund getreten.

Die in den Beratungen auftauchenden Vorschläge über die Höhe der Restzahlung und die Bedingungen, unter denen sie zu leisten ist, wandeln sich von Tag zu Tag. Diese Änderungen sind vorläufig unwesentlich gegenüber den noch immer ungelösten Fragen, wie die angemeldeten politischen Ansprüche gegeneinander ausgeglichen werden sollen.

Die Londoner Stillhalteverhandlungen abgeschlossen.

Die Verhandlungen in London, die die Arbeit des Stillhalteausschusses prüfen sollten, sind am Dienstag nachmittag mit einer Erklärung abgeschlossen worden, in der festgestellt wird, daß Deutschland bis auf geringfügige Restbeträge, die im Laufe des Jahres gezahlt werden sollen, den beschränkten Abzahlungen, zu denen es sich verpflichtet hatte, nachgekommen ist.

Die Konferenz beschloß, ihre Delegierten in den Bankenausschüssen anzuweisen, eine Senkung der für deutsche Kredite geltenden Zinssätze vorzuschlagen. Es soll damit er-

reicht werden, daß die allgemeine Geldverbilligung der deutschen Wirtschaft zugutekommt und daß die Gläubigerländer Deutschlands hinsichtlich der Zinsen gleichmäßig behandelt werden.

Das Büro der Abrüstungskonferenz beschloß am Dienstag nachmittag, für Donnerstag den Hauptausschuß der Konferenz einzuberufen und dort den kleineren Mächten, die sich bisher noch nicht öffentlich zum Hoover-Plan äußern konnten, Gelegenheit zu geben, ihre Meinung über diese Vorschläge zu vertreten.

Deutsche, hört deutsche Musik!

Auf falschem Wege!

E. A. Der Deutsche Musiker-Verband hat zur Behebung der Erwerbslosigkeit unter den Musikern eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der die folgenden Forderungen gestellt werden:

Musiker. Eine Eingabe, die sich gegen die Einstellung entbehrlicher Ausländer und gegen die musikalische Schwarzarbeit wendet, hat der Deutsche Musiker-Verband an die Reichsregierung gerichtet. Die Eingabe vertritt folgende Forderungen:

„Die Reichsregierung wolle schnellstens, gegebenenfalls durch Notverordnung,

1. die Einreise und Zulassung weiterer ausländischer Kapellen und Musiker für eine Tätigkeit in Gaststätten und Wirtschaftsbetrieben sperren;

2. für solche Musiker und Kapellen keine Arbeitsgenehmigung mehr erteilen und bereits erteilte Arbeitsgenehmigungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zurückziehen;

3. jede Reklame mit ausländischen Kapellen, Kapellmeistern und Musikern strengstens verbieten, ganz gleich, ob es sich um echte oder unechte Ausländer handelt.“

„Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 29/1932.

Was werden die Kollegen des Deutschen Musiker-Verbandes sagen, wenn als Antwort auf eine solche Maßnahme ihre Kollegen in anderen Ländern ähnliche Forderungen an die Regierungen stellen?

Die Gewerkschaften sollten sich hüten, das Geschwätz von der „ausländischen Konkurrenz“ mitzumachen oder erwarten sie von der Erfüllung solcher Forderungen etwas anderes als eine nationalistische Verhetzung? Wenn eine freie Gewerkschaft schon solche Forderungen stellt, werden wir wohl bald hören:

Deutsche! Hört nur deutsche Musik von deutschen Musikern auf deutschen Musikinstrumenten — mit deutschen Esels-ohren!

Hindenburg, der seine ursprünglich für einen früheren Termin geplante Reise verschoben hatte, ist am Dienstag abend nach Neudeck (Ostpreußen) abgereist. Er wird von dort seine Amtsgeschäfte weiterführen.

„Hier, muß mal lesen, — die Kohlrüben sind jetzt auch Kontrollgemüse geworden!“

Es ist eine Notiz im „Vorwärts“.

Lange sieht hinein:

„Ja, die werden auch rationiert!“

„Nächstens kriegen wir noch Ratten zu fressen!“ sagt der zweite Helfer.

„Ach wo, bloß Rattensatz!“

„Eben deshalb, alles ist knapp. Da muß eingeteilt werden!“

„Mensch, Lange, wann wirst du mal schlau werden? Ich will dir sagen, was passiert: Jetzt richten sie eine neue Verteilungsstelle ein, und dann verfaulen die Kohlrüben, wie jetzt die Kartoffeln verfaulen, und nachher kriegen wir sie erst!“

„Ohne Ordnung geht's überhaupt nicht weiter!“

„Das ist alles bloß Politik — irgendein SPD-Bonze braucht einen Posten, und der wird Oberkohlrübenverteiler zur Belohnung für treue Dienste am Vaterland!“

Lange wirft tapfer seine Marmeladenstulle hinunter:

„Irgendeiner muß es machen! Wir müssen positiv mitarbeiten, — mit eurem Radausozialismus erreichen wir überhaupt nichts!“

„Positive Arbeit, Kriegsleihe bewilligen und so . . .“

„Ja, das auch, Kriegsleihe auch!“ erwiderte Lange.

Dann dreht er sich um, macht ein paar Schritte auf den Ofen zu und ruft zurück:

„Los, is schon so weit!“

Bis die anderen heran sind, hat er das Kontergewicht schon gezogen. Der Ofenschlund ist offen und wirft sein violettes Licht durch den halbdunkel gehaltenen Raum der Schmiede.

Brantschke bringt den Karren, die beiden anderen halten die Zangen. Ein neuer Block wird gepackt, aus dem Ofen herausgezogen und unter den Hammer transportiert.

Und der Hammer saust wieder herunter.

Schlag auf Schlag, — das Eisen zischt und sprüht. Es verliert seine fließende weiße Farbe, wird rot, wird immer dunkler; und der Hammer stampft immer schwerer. Und in jeden Schlag der niedersausenden 250 Zentner legt Lange seine Wut mit hinein: Diese Radausozialisten — Krakehl machen — aber selbst, einen Dreck tun sie — wer hat die

Amnestie durchgesetzt — und das gleiche Wahlrecht — und die Versammlungsfreiheit — wer vertritt die Interessen der Arbeiter?

Der schwere Hammer stampft:

Die SPD — — die SPD — — die SPD. . .

Am anderen Ende der Stadt, von Streifen freien Geländes und von den Gleisen des größten Berliner Abstellbahnhofes umgeben, glimmen hinter den Silhouetten hochaufgeschütteter Kohlenhaufen die gelben Fenster des Kraftwerkes Rummelsburg.

Das Werk beliefert den Berliner Osten mit Licht und Kraft.

Die Heizer, die Kohlen- und Schlackenzieher der Nachtschicht haben um zwölf Uhr ihre Arbeit angetreten; um diese Zeit stand der große Zeiger in der Mitte des Kesselhauses, der die Zahl der im angeschlossenen Stromnetz gebrauchten Kilowatt anzeigt, auf 20 000. Eine Stunde nach Mitternacht, als die letzten Straßenbahnen aus dem Verkehr gezogen und der größte Teil der spärlichen Berliner Straßenbeleuchtung gelöscht wurde, fiel der Zeiger auf 12 000. Die Heizer stellten die Wanderroste fest, deckten die Feuer ab, so daß sie nur noch langsam schwellten, und dann schlossen sie die Feuerungstüren.

Jetzt haben sie eine Weile Ruhe.

Siebzig Mann sind im Kesselhaus beschäftigt. Sie sitzen, wo sie gerade Platz gefunden haben, und verzehren ihre mitgebrachten Brote. Andere stehen herum und diskutieren. Eine Gruppe ist mit der ewigen Streitfrage beschäftigt: SPD oder USP? Eine andere vor Feuer III spricht über die Gewerkschaft und über Lohnfragen.

Aus der Halle ist der Maschinist herübergekommen.

Am Feuer III bleibt er stehen und hört zu:

„Nicht mal für die Nachtarbeit haben sie einen Aufschlag durchgesetzt.“ „Und für Sonntagsarbeit auch nicht!“ „Wofür wir bloß unseren Beitrag bezahlen.“ . . . und streiken dürfen wir auch nicht mehr!“

Ein Schlackenzieher kommt heran:

„Da hörst du, Kollege Sult, weiter wollen die nicht, Nachtaufschläge und Sonntagsprozent!“ (Fortsetzung folgt.)

Gelder für das Autokonto erpreßt.

h Berlin, 5. Juli.

Der Devaheim-Schwindel.

Im Devaheim-Prozeß kam unter anderem folgendes zur Sprache:

Aus einem mit der Immobilienverwertungs AG abgeschlossenen Entschuldungsparvertrag über elf Millionen Mark standen dem Devaheim-Zweigstellenleiter Seul 55 000 Mark versprochene Provision zu. Diese 55 000 Mark wurden zunächst der Heimstättenbank gutgebracht und gelangten dort auf das Konto des Generaldirektors Jeppel. Jeppel hatte aber diesen Betrag nicht in voller Höhe an Seul ausgezahlt. Seul wurde unter Hinweis darauf, daß die Zahlung einer derart hohen Provision für die Devaheim nicht tragbar sei,

zum Verzicht auf 20 000 Mark bestimmt. Als Seul zunächst Schwierigkeiten machte, drohte Jeppel,

daß man im Falle seiner Weigerung das Vertragsverhältnis mit ihm lösen werde. Seul verzichtete schließlich auf 20 000 Mark, die dem Propagandafonds der Devaheim gutgebracht werden sollten. Jeppel überwies diese aber auf das Autokonto Pastor Cremers,

der diesen Betrag nach dem Zusammenbruch des Konzerns auf Anregung des Kasseler Pfarrers Fritsch wieder an Jeppel zurückzahlte. Das Geld für die Rückzahlung hat Pastor Cremer darlehensweise von der Evangelischen Versicherungszentrale erhalten.

Aus fünf Tagen Räuberhandwerk.

Hamburg, 1. Juli. Ein Mann vereinbarte mit einem Ehepaar, das in der Oevelgöner Straße ein Haus verwaltet, er wolle eine Wohnung mieten. Nachmittags kehrte der „Mietler“ mit zwei Kumpanen zurück. Die drei erzwangen durch Bedrohung mit einem Revolver die Herausgabe von fast 3000 Mark. Mit dem Geld verschwanden sie.

Hamburg, 1. Juli. Drei Maskierte drangen in die Spar- und Darlehenskasse in Holstennidorf (Schleswig-Holstein) ein, bedrohten den Rentanten und dessen Frau mit einem Revolver und entkamen mit einer Beute von etwa 8000 Mark.

Halle, 1. Juli. Die Polizei verhinderte einen Raubüberfall auf ein Buttergeschäft; sie hatte von dem Plan erfahren. Dabei kam es zu einer Schießerei zwischen den Räubern und der Polizei. Einer der Räuber wurde erschossen.

Berlin, 2. Juli. Der Kaufmann Kajewski aus Wien wurde im Tiergarten von Unbekannten überfallen, durch einen Messerstich verletzt und seiner Brieftasche und Uhr beraubt. Die Räuber entkamen.

Berlin, 5. Juli. Ein holländischer Großkaufmann, der im FD-Zug von Amsterdam in Berlin eintraf, vermißte 22 000 Gulden, die er noch in Bentheim zur Devisenkontrolle vorgezeigt hatte. Für die Wiederbeschaffung der Summe hat er 2000 Gulden Belohnung ausgesetzt.

Düsseldorf, 5. Juli. Vor einem Goldwarengeschäft fuhren vier junge Männer in einem Auto vor. Sie ließen zunächst in einer Kunststopperei, die gegenüber lag, eine kleine Reparaturarbeit ausführen, um währenddessen das Goldwarengeschäft zu beobachten. Dann drangen sie dort ein, schlugen die allein anwesende Inhaberin nieder, knielten sie, ließen die Markise vor dem Schaufenster herunter und rafften die Auslagen im Schaufenster zusammen. Dann fuhren sie ab mit einer Beute im Werte von etwa 6000 Mark. Die überfallene Frau liegt schwer verletzt im Krankenhaus.

„U-B 116.“

Deutscher Nationalismus aus England importiert.

W. K. Der englische Schriftsteller C. S. FORESTER hat ein Theaterstück geschrieben, „U 97“, ein Stimmungsbild vom deutschen Nationalismus der Nachkriegszeit. KARL LERBS hat sich das fragwürdige Verdienst erworben, dieses Stück unter dem Titel „U B 116“ deutsch herauszubringen zur Freude deutscher Nationalisten der Gegenwart.

Das Stück hat folgenden Inhalt:

1918, in den ersten Novembertagen, sind in einem Kasino Offiziere der deutschen Unterseeboote-Flotte versammelt. Sie sind mißmutig; denn sie sind zur Untätigkeit verurteilt. Die Flotte meutert. Der Admiral erscheint. Er teilt die Waffenstillstandsbedingungen mit. Die Offiziere sollen ihre U-Boote selber an den Feind, die Engländer, abliefern, einen Engländer als Bewachung an Bord. Als U-Boot-Offiziere sollen sie wahrscheinlich als Kriegsverbrecher von den Feindbündmächten abgerichtet werden. Einmütiger Protest! Der Admiral fordert Gehorsam, redet von einem Ausweg, den man finden müßte, und geht.

„U 116“ liegt an der Außenmole, von den Meuternden unbeachtet. Man überlegt. Eine große nationale Tat muß geschehen, „die ihren Sinn in sich selbst trägt“.

Die U-Boote ausliefern!? — Unbesiegt!?
Nein, niemals! Deshalb, gegen den Feind mit „U-Boot 116“!

Jeder weiß, daß er nicht wiederkommen wird. Aber dennoch, es ist der einzige „ehrvolle“ Ausweg.

Die Begeisterung ist groß, die Männer fühlen sich als Helden. Ohne Abschied von Frau und Angehörigen geht es hinaus in den sicheren Tod.

Die Offiziersmannschaft stouert das Boot. Im Kanal zwischen England und Frankreich lauert der Feind.

Mit viel Glück wird die englische Flotte erreicht. Ein Kreuzer fliegt, durch die deutschen Torpedoschüsse getroffen, in die Luft. „U-Boot 116“ wird vernichtet.

Einer macht die Todesfahrt gegen seinen Willen mit. Erst kurz vor dem Tode löst man ihm die Fesseln, damit er „frei“, „ebenfalls zur höheren Ehre des Vaterlandes“, sterben kann.

In Deutschland wurde dieses Stück mit Begeisterung aufgenommen. Das Publikum war zufrieden, es konnte „Helden“ bewundern. Ihm wurde eine Tat vorgeführt, „die

Hitlers „orientalische Prasserei“.

Sein „begabter“ Rechtsanwalt liefert den Beweis.

Hitler hat mit seiner „Kaiserhof“-Hotelrechnung einen gründlichen Reifall erlebt, und gerade zu diesem Wahlkampf rechtzeitig lebt der Prozeß wieder auf.

Es handelt sich um einen Prozeß der „Welt am Montag“ (einer Zeitung der Freien Gewerkschaften) gegen Hitler als Herausgeber des „Völkischen Beobachters“, Goebbels als Herausgeber des „Angriff“ und Ahrens als Herausgeber eines nationalsozialistischen Flugblattes.

Anfang April, während des Präsidentschafts-Wahlkampfes, hatte die „Welt am Montag“ eine Rechnung des Hotels „Kaiserhof“ in Berlin veröffentlicht, in der

Hitler für einen zehntägigen Aufenthalt in zwölf Zimmern mit Frühstück und manchem anderen die Summe von 4048 Mark

berechnet wurde. Natürlich traten gleich Hitlers Rechtsanwälte und die damals eingerichtete „Lügenabwehrstelle“ der NSDAP in Tätigkeit, um die Veröffentlichung der „Welt am Montag“ als schamlose Lüge zu bezeichnen. Sie druckten eine eidesstattliche Versicherung Hitlers ab: die Rechnung sei eine Fälschung, die „Welt am Montag“ sei bereits verklagt.

Die „Welt am Montag“ erfuhr jedoch, außer durch diese Mitteilung in der Nazi-Presse, nichts von der angeblich gegen sie angestregten Klage. Nach einigen Wochen strengte sie dann ihrerseits die jetzt wieder verhandelte Unterlassungsklage gegen Hitler, Goebbels und Ahrens an. Die „Welt am Montag“ beantragt, daß es den Angeklagten unter sagt wird, gegen die „Welt am Montag“ den Vorwurf der Lüge in der fraglichen Angelegenheit zu erheben.

In der Verhandlung am Dienstag vor dem Landgericht I in Berlin wurde die Sache der drei Nazis von dem Rechtsanwalt Zarnack geführt — nicht sehr glücklich. Den Vorwurf der Fälschung hielt er mit der Begründung aufrecht:

die von der „Welt am Montag“ veröffentlichte Rechnung sei nicht das Original, sondern ein Duplikat; und darin liege eine Fälschung.

Auch die Summe sei falsch.

Die eidesstattliche Versicherung Hitlers ist nach den Aussagen des begabten Rechtsanwalts folgendermaßen zustande gekommen. Brückner, ein Adjutat Hitlers, habe ihm die eidesstattliche Versicherung während seines „Deutschland-Fluges“ zur Unterschrift vorgelegt. Darauf Hitler: „Wenn du das mit deinem Namen deckst, dann unterschreibe ich.“

Brückner bejahte, Hitler unterschrieb.

Gegen diese eidesstattliche Versicherung hat die „Welt am Montag“ jetzt Strafanzeige beim Nürnberger Gericht, dem sie abgegeben worden ist, erstattet.

Wir fassen die Leistungen des Hitlersehen Rechtsanwalts zusammen: 1. die Fälschung bestehe in der Veröffentlichung des Duplikats; 2. die angeblich wahre Höhe der Summe wird nicht genannt; 3. es erfolgt eine entschuldigende Erklärung über das Zustandekommen der eidesstattlichen Versicherung.

Die „Welt am Abend“ ist ihrer Sache sicher. Ihr Vertreter, Rechtsanwalt Pröll, verlangte die eidesstattliche Vernehmung von Hitler und Goebbels. Die Rechnung sei richtig. Sie beziehe sich lediglich auf zwölf Personen aus dem engsten Stabe Hitlers, für den Aufwand der übrigen 18 Personen seien Sonderrechnungen erteilt und aus der Parteikasse bezahlt worden. Die Original-Rechnung müsse doch in dem Braunen Haus zumindest als Kassenbeleg für den Aufenthalt auf Parteikosten aufbewahrt worden sein.

Darauf eine neue Leistung des Rechtsanwalts Zarnack: er habe sich bisher vergeblich um die Herausgabe der Rechnung bemüht und bitte jetzt um einen Beschluß des Gerichts, der ihn zur Vorlegung der Original-Rechnung zwingt!

Es scheint, daß niemand von den klügeren Nazi-Rechtsanwälten sich zur Vertretung dieser aussichtslosen Angelegenheit hat hergeben wollen.

Die Feme im Braunen Haus war schlecht organisiert.

Am 8. April d. J. wurden mehrere Nationalsozialisten wegen Verabredung zum Mord festgenommen, nach einigen Tagen aber wieder bis auf den 35 Jahre alten Kaufmann Emil Danzeisen freigelassen. Nach den polizeilichen Erhebungen soll eine Beseitigung mißliebiger Persönlichkeiten im Braunen Hause, z. B. des Hauptmanns Röhm, des Grafen Dumoulin-Eckart, besprochen worden sein.

Danzeisen hatte sich am Montag vor dem Schöffengericht im Justizpalast zu verantworten. Die Anklage machte ihm zum Vorwurf, daß er einen Brief an einen gewissen Horn (NS) in Karlsruhe gerichtet habe, in dem zur Beseitigung von mit Decknamen versehenen Personen aufgefordert und Horn als Leiter der Sache aufgestellt wurde, ferner, daß er einen SA-Mann zur Beteiligung unter Goldversprechungen zu gewinnen versucht habe. Während Danzeisen in dem Verhör behauptete, von dem Mordbrief nichts zu wissen und als Anstifter zu den Vorgängen im Frühjahr 1932

einen gewissen Major Teck bezeichnete, über den er sich jedoch nicht näher äußerte,

ergab die Verhandlung, daß Danzeisen tatsächlich den Brief geschrieben und ihn auch dem Horn übergeben hat, welcher seinerseits auch den Brief für ernst nahm und ihn dem Bedrohten zugestellt habe.

Auch hält das Gericht es für erwiesen, daß Danzeisen dem SA-Mann 100 Mark in Aussicht gestellt hatte, wenn er sich an der Aktion beteiligte.

Der Staatsanwalt beantragte 10 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete wegen Vergehens der Aufforderung zum Mord auf sechs Monate Gefängnis.

Horn war im April mit Danzeisen zusammen verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden. Unter den damals Verhafteten waren auch der des Mordes an Gareis (USP) verdächtige Leutnant Schweikart und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Buch.

ihren Sinn in sich selbst trägt“ — ihren Sinn, der darin besteht, den bevorstehenden Abschluß des vierjährigen Mordens durch einen neuen Massenmord zu boykottieren, weil es Menschen gibt, für die der Friede eine „Verurteilung zur Untätigkeit“ bedeutet.

Seltene Helden, für die das Dasein jeden Sinn verliert, sobald von zwei Nationen zufällig diejenige, deren Name mit „E“ beginnt, bewiesen hat, daß sie die Mordtechnik siegreicher anwenden konnte, als diejenige, deren Name mit „D“ beginnt.

Auf die deutschen Propheten des deutschen Nationalismus, die sich ihr Heldenlied von den gerade befehlenden Engländern vorsingen lassen, aber paßt nur das Wort: „Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!“

Für 1,80 Mark in den Tod.

„Achtung, meine Damen und Herren, der junge Mann dort oben auf der Dombrücke ist gezwungen, durch den Sprung von der Brücke in den Rhein, eine Höhe von 20 Meter, sein Brot zu verdienen. Da er ohne jegliche Unterstützung ist, bitte ich die Damen und Herren um eine kleine Unterstützung für ihn.“

Eine Reihe Neugieriger haben sich angesammelt. Der junge Mensch auf dem Brückengeländer macht sich fertig zum Sprung. „Achtung“, ruft er. Dann saust er durch die Luft, er macht den Fußsprung. In der Mitte verliert er das Gleichgewicht. Er saust mit dem flachen Körper auf die Wasseroberfläche. Einige beherzte Männer springen vom Ufer in das Wasser. Umsonst — vorbei.

Sein Kamerad hatte inzwischen 1,80 Mark für ihn eingesammelt.

Geschehen in Köln am 1. Juli 1932.

Schmücke dein Heim!

„Manchmal auf kleinen Stationen,
Sind Eisenbahnwagen einfach so hingestellt,
Man kann darin wohnen:
Mein Haus — meine Welt.
Der Wagen steht ohne Räder und Schienen,
Ein winziges Haus.
An den Fenstern sind weiße Gardinen,
Ein Ofenrohr ragt wie ein Schornstein heraus.
Rote Geranien blüh'n hinter den Scheiben.“

Um die Plattform, jetzt Veranda, rankt sich der Wein.
Unter das Ganze möchte man schreiben:
Schmücke dein Heim. Klein, aber mein.“

Siegfried Vegesack.

Wer einmal in einem solchen Wohnwaggon hineingesehen hat, diese Enge erlebt hat, der wird verstehen, wenn die Menschen, die keine menschenwürdige Wohnung mehr ihr eigen nennen, die vielleicht aus einer guten Wohnung hinaus mußten, weil Willkür des Unternehmers sie aus der Arbeit warf, sich durch das „aber mein!“ nicht für das „klein“ entschädigt fühlen. Freilich hat der Dichter wohl nur von außen diese Wohnungen gesehen?

Einer der besten Nazis.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten war vor kurzem der SA-Führer Wilhelm Hambücker erschossen worden. Bei der Trauerfeier hielt ihm sein Pg. Schmeer (M. d. R.) eine Gedenkrede, die unter anderem folgendes enthielt: „In Wilhelm Hambücker verliert die deutsche Freiheitsbewegung einen ihrer besten Kämpfer. Seine edle Menschlichkeit, sein Opfermut, seine Auffassung vom Führertum gewann der deutschen Freiheitsbewegung viele Freunde. Sein Pflichtbewußtsein gegenüber Volk und Vaterland wollen wir uns zum Vorbild nehmen.“

Das Strafregister dieses edlen Kämpfers, das wir einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ entnehmen, sieht so aus:

Hambücker ist insgesamt 13 (dreizehn) mal verurteilt, und zwar sechsmal wegen Körperverletzung, Mißhandlung, Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Widerstands, Sachbeschädigung zu 9 Monaten, 11 Wochen und 10 Tagen Gefängnis. Wegen Hehlerei erhielt er 4 Monate Gefängnis, wegen fortgesetzter Grenzüberschreitung 2 Monate, 4 Wochen Gefängnis und über 35 000 Mark Geldstrafe oder die Höchststrafe von 2 Jahren Gefängnis; endlich wegen schwerer Körperverletzung 3 Jahre, 6 Wochen Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust und wegen Ausgabe falscher Banknoten 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Wegen der ersten Zuchthausstrafe konnte er zum Kriegsdienst nicht einberufen werden.

Vielleicht aber war Herr Hambücker trotz all dieser Strafen wirklich einer der Besten unter den Nazitruppen! Wenn man an Heines und den Oberleutnant Schulz z. B. denkt, stimmt das sicher.

Gehälter und Diätenfragen in den Gewerkschaften.

H. Db. Wer heute die Frage der Gehälter der Angestellten in den Gewerkschaften anschnidet, der wird in den meisten Fällen von den Gewerkschaftsführern als Gewerkschaftsfeind hingestellt. Andererseits wird von den einfachen Kollegen diese Frage immer wieder aufgerollt, da es den Kollegen immer schwerer wird, von ihrem kargen Verdienst den Beitrag zu entrichten. Die Frage: „Wird der Beitrag richtig verwandt?“, taucht immer wieder auf. Es ist deshalb erfreulich, daß zu dem im August stattfindenden Verbandstag des DMV eine ganze Reihe von Anträgen vorliegen, die in der Frage der Gehälter der Gewerkschaftsangeestellten Klarheit und Gerechtigkeit verlangen. Wir lassen diese Anträge hier folgen:

Elmshorn, Emmerich, Niesky; G. Büter, Köln. Die Gehälter der Angestellten werden auf den Höchsttariflohn eines qualifizierten Metallarbeiters herabgesetzt.

Braunschweig; Schülch, Mannheim. Die Gehälter der Angestellten sind zu senken. Als Höchstsatz gilt 350 Mark monatlich.

Weimar. Die Gehälter der Angestellten des Verbandes sind auf 250 Mark Höchstgehalt festzusetzen. Die Gehälter sollen steigen und fallen, wie sich die Löhne der Kollegen des DMV bewegen.

Joh. Fuchs und Genossen, Kaiserslautern. Die Gehälter der Angestellten werden vom 1. September 1932 an um 50 Prozent gekürzt.

Grock und Genossen, München. Bei der Ausübung einer öffentlichen Tätigkeit im Auftrage des Verbandes, die entschädigt wird über die Höhe des Gehalts (z. B. ein Reichstagsmandat), welches der Funktionär oder Angestellte bezieht, ist auf das Gehalt zu verzichten. Liegt die Höhe der Entschädigung unter dem Gehalt, so wird das Gehalt entsprechend gesenkt.

R. Geller und H. Völker, Schmalkalden. Die Gehälter für Angestellte betragen:

1. Für Zahlstellen bis 2000 Mitglieder 200 Mark
2. Für Zahlstellen über 2000 Mitglieder 250 Mark
3. Sekretäre der Bezirksleitung 250 Mark
4. Bezirksleiter 300 Mark

V. Kupfer, Schweinfurt. Die Gehälter der Verbandsangestellten werden in einem Grundgehalt von nicht weniger als 250 Mark und nicht höher als 400 Mark eingestuft. Dazu kommt ein elastischer Zuschlag von 15 Prozent, der in dem betreffenden Tarifgebiet einen jeweiligen Lohnab- oder Aufbau angepaßt wird.

Bautzen. Angestellte des DMV, die noch als Abgeordnete des Reichstages oder eines Landtages tätig sind, haben 50 Prozent ihres Gehaltes, das sie vom DMV beziehen, an die Hauptkasse abzutreten.

Cuxhaven. Die Gehälter der Angestellten in den Verwaltungsstellen werden durch Mitgliederbeschluß geregelt.

Halle. Den Angestellten, welche als Reichs- oder Landtagsabgeordnete Diäten beziehen, werden diese Diäten bis zur Höhe eines halben Monatsgehaltes in Anrechnung gebracht.

Neustadt a. H. Die Gehälter der Verbandsangestellten, die ein Reichs- oder Landtagsmandat ausüben, sind entsprechend ihrer Dienstleistung für den Verband zu kürzen.

Karl Meier, Münden. § 37 Abs. 1: Das Gehalt des Geschäftsführers soll von den Ortsverwaltungen selbst festgesetzt werden und soll im Verhältnis mit Anfangs- und Endgehalt zu den Tariflöhnen innerhalb der Vorwaltung stehen.

Dippoldiswalde. Die Diäten werden um 30 Prozent gekürzt.

Glückstadt. Die Tagegelder zu Verbandstagen und Bezirkskonferenzen werden um 50 Prozent herabgesetzt.

Diese Anträge sind ein Beleg dafür, daß die „Offenlegung der Steuerlisten in den Gewerkschaften“ für viele Kollegen eine Frage von brennendem Interesse ist. Die Gewerkschaften sollen diese Frage nicht einfach mit dem Hinweis abtun: „Bei der RGO geht alles für Gehälter drauf!“

Es ist eine Frage, die für den verbenden Kollegen unendlich wichtig ist. Darüber hinaus hat jeder Kollege ein

Recht auf Klarheit in dieser Frage, und

es ist eine Ungerechtigkeit, wenn Kollegen mit einem Monatsverdienst von 100 Mark sich den Beitrag vom Mund absparen müssen, damit die Angestellten der Gewerkschaften, für die sie zahlen, bei weit angenehmerer Arbeit 300 bis 400 Mark Monatsgehalt und weit mehr einstreichen.

Auf dem Verbandstag des DMV wird über die Senkung der Unterstützungssätze verhandelt werden. Möge der Verbandstag Unterstützung, Beiträge und Angestelltegehälter in ein gerechtes Verhältnis zueinander bringen! Der Verbandstag wird damit der freien Gewerkschaftsbewegung einen großen Dienst tun, denn nur auf dem Wege der Offenheit und Gerechtigkeit in den Arbeiterorganisationen kann die Vertrauenskrise im Kreise der Sozialisten, die wir erleben, behoben werden.

Wer hat ein Interesse an der Einheitsfront?

Die Arbeiterorganisationen, deren Ende bei einem Sieg des Faschismus bestimmt gekommen ist. Deren Funktionäre hingemordet werden sollen, wie es in Italien und Bulgarien, in Polen und Litauen der Fall ist.

Die Arbeitslosen, Krisenempfänger, Wohlfahrtsempfänger und die ohne Unterstützung, die von der Gnade ihrer Angehörigen leben. Der Faschismus wird die Unterstützungen noch mehr senken oder ganz beseitigen.

Die Jugend, hineingestoßen in die Hölle der Untätigkeit. Die Wohnungslosen, Exmittierten, in Baracken und Waggons lebend.

Die Mütter, die ihre Kinder hungern sehen, die ihre Kinder nicht mehr kleiden können, die ihre Kinder sterben sehen.

Die Lohnarbeiter, die in einem faschistischen Staat auf die Stufe des chinesischen Kulis sinken werden. Ohne das Recht zum Widerstand, bei einer unmenschlichen Arbeitszeit.

Der Bauer, der seine Produkte nicht verkaufen kann, weil der Arbeiter kein Geld hat, sie zu kaufen.

Die Friedensfreunde, deren Arbeit vom Geist des Militarismus erstickt wird.

Die Freunde der Sowjet-Union, die den Arbeiterstaat Rußland von angriffsbereiten Feinden umringt sehen werden.

Die Gegner des Paragraphen 218, die die Frau befreien und selbständig machen wollen.

Der Forscher, der die Ergebnisse seiner Forschung nicht mehr verkünden dürfen, sofern sie dem Geist des Faschismus zuwiderlaufen.

Der Journalist, der die Wahrheit nicht mehr verkünden dürfen.

Der Dichter, der Schauspieler, kurz alle geistigen Arbeiter, die ein Interesse daran haben, die Wahrheit zu verkünden.

Jeder Mensch in Deutschland, dessen Interessen weitergehen als auf Brot und Spiele, die nicht in einem großen Zuchthaus leben wollen, das Deutschland heißt.

Sie alle sind aufgerufen, den Druck auf die großen deutschen Arbeiterparteien zu verstärken, den ADGB in die Initiative zu stoßen. Sie alle sollten ihren Einfluß, ihre Kraft zu diesem Druck vereinigen.

Sie alle stehen heute vor der Wahl: Entweder Untergang in der Barbaroi des Faschismus, oder Herstellung der Vorbedingungen

für einen erfolgreichen Kampf für Recht, Freiheit und Kultur — für den Sozialismus.

Hans Dohrenbuech.

Einheitsfront-Verlangen.

„Die Gauversammlung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“, Gau Mittelrhein-Main, die am 3. Juli in Oberursel/Taunus tagte, richtet an die Reichsleitung des TVdN. die Forderung, ihre ganze Kraft mit einzusetzen bei der Schaffung eines linken Wahlblocks bzw. Listenverbindung von SP—KP bei der kommenden Reichstagswahl.“

Die Delegierten der Gauversammlung sehen nur in einer einheitlich geführten Aktion der Arbeiterschaft — auch über den Wahlkampf hinaus — die Möglichkeit, den Faschismus zu schlagen.“

Diese Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

Wann werden die Parteileitungen endlich hören?

Einheit!

Aus Hessen wird uns geschrieben:

H. U. Am Sonntag, war hier die geplante gemeinsame Demonstration. Es waren etwa 800 Mann da, 5 Frauen waren dabei. Die Männer sagten, die Frauen sollten nicht mit, da es ja Schlägerei geben könnte. Aber wir gingen doch gemeinsam. Auf dem Marktplatz sprachen M. von der SPD, K. und

D. von der KPD, ordentlich, nicht verheißt, jeder Arbeiter konnte es sich anhören. Dann marschierte der Zug durch die Stadt in die Wirtschaft von E. Im Saal sollte ein Ausschuß gebildet werden von Vertretern der einzelnen Ortschaften. Da wollte ein KP-Genosse anfangen, auf die SP zu schimpfen. Ich machte den ersten Zwischenruf zur Einheitsfront, andere, Sozialdemokraten und Kommunisten, griffen ein. Es wurde lebhaft; da kam ein KP-Genosse vom Ausschuß. Er stieß die Ordnung schnell wieder her; sein Partei-Genosse mußte abtreten, und die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Im Ausschuß sitzen 2 SP- und 2 KP-Genossen. Sie haben vor, wenigstens bisher, an die Parteien und an den ADGB zu schreiben. Zweck: Einheitsfront zur Wahl!

Im ganzen drei Feldarbeiter (in verschiedenen Dörfern) und viel Vieh wurden bei einem schweren Gewitter getötet, das am Dienstag über ganz Ostpreußen niederging. Dazu viele Brände von Gehöften, viele Verwüstungen durch Hagel-schlag.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Naturreiner, echter Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM. 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM. 5,50

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Querickestraße 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug aus erstklassigem Stoff mit bestem Futter in sorgfältiger Maßarbeit. Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönhell, Magdeburg, Otto v. Querickestr. 104, H. v. i.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinsignog von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcostraße 8.
Telephon: 25 53 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Ab 6. Juli: C. Th. Dreyer:

Die seltsamen Erlebnisse des David Gray (Vampir)

Anfangszeiten 12, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“! Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig.
Gelnhausen.

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre. Von Helene Beyer. 52 Seiten. Gehört 0,40 M.

Aus den Presse-Urteilen:

„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Goldwährung geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Verhältnisse, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postcheckkonto: Berlin 51.848.

„Kölnische Volkszeitung“ für drei Tage verboten.

Eine schwere Geburt.

Endlich, am Dienstag, hat der Vierte Strafsenat sich zu folgender Entscheidung über die „Kölnische Volkszeitung“ durchgerungen:

„Das Verbot ist für zulässig erklärt worden, jedoch nur für die Dauer von drei Tagen, weil eine dem Verbot zugrunde gelegte, nicht unwesentliche Behauptung des Artikels anders ausgelegt ist. Es ist Gefährdung der außenpolitischen Interessen sowie eine Verächtlichmachung des Reichskanzlers angenommen worden.“

Die Zeit, die bis zu dieser Entscheidung verstrich, und der Kompromißcharakter, den sie an der Stirn trägt, zeigen, daß es den Herren vom Vierten Strafsenat wesentlich schwerer gefallen ist, es mit dem Zentrum zu verderben, als die SP zu verärgern.

Zum Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ schreibt die „Kölnische Zeitung“ (eine Zeitung des Unternehmertums): Gewiß habe die „Kölnische Volkszeitung“ an der Politik des Reichskanzlers eine sehr scharfe, in der Form vielleicht über das Ziel hinauschießende Kritik geübt, aber von Entstellungen oder gar Verleumdungen könne ebensowenig die Rede sein wie von einer Gefährdung der außenpolitischen Interessen. Hinzu komme die Verzögerung des gesamten Verfahrens, die dem Rechtsstandpunkt des Reichsinnenministers nicht etwa zuträglich sei. Wäre die Schuld der „Kölnischen Volkszeitung“ klar und unwiderleglich gewesen, so hätte auch die Verurteilung auf dem Fuß folgen müssen, dann hätte die Öffentlichkeit Verständnis dafür aufgebracht.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Frankfurt ist wegen eines Artikels „Nationale Würdelosigkeit in Lausanne“ für fünf Tage verboten. In dem Artikel wird eine Verächtlichmachung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten erblickt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Donnerstag, 7. Juli, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Das Wüten des Faschismus in Braunschweig! Was lehren uns die Braunschweiger Erfahrungen? Redner: Gen. Walter Probst (Braunschweig).

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Hamburg-Altona: Freitag, 8. Juli, 20.15 Uhr, im kl. Saal bei Wachtmann, Große Freiheit 66/68. Thema: Die Naziherrschafft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 9. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Beim alten Schützenhof 4. Thema: Die Naziherrschafft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Köln: Internationale Kundgebung gegen Krieg und Reaktion.

Es sprechen: Minna Specht, Berlin; René Bertholet, Paris; Edith Moore, London. Am Sonnabend, dem 9. Juli 1932, in der Rheinlandloge, Cäcilienstraße. Eintritt 30 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Beginn 20.15 Uhr.

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 8. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: „Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Dialektik und Wissenschaft.

Eine Entgegnung.

In meiner Besprechung der Neuherausgabe des Marxschen „Kapitals“ durch Karl Korsch (bei Gustav Kiepenheuer) habe ich, wie mir der Genosse Korsch mitteilt, in zweierlei Hinsicht bei ihm Befremden erregt:

Einmal ist dies geschehen durch meinen Hinweis, daß Korsch sich „bemüht, die beim Leser sicher auftauchenden Schwierigkeiten von vornherein dem Leser in die Schuhe zu schieben — eben weil Marx nicht daran schuld haben könnte“. Korsch verwarft sich in seiner Antwort an mich gerade gegen diesen Vorwurf: Auch er könne Marx-Pfaffen nicht leiden, und er hält mir einige andere Kritiken vor, in denen ihm von wirklichen Marx-Pfaffen vorgeworfen worden sei, er hätte sich dem Heiligum des Marxismus gegenüber zu frei und unorthodox benommen.

Damit hat mir aber Genosse Korsch nur bewiesen, was ich ihm ohnehin geglaubt hätte; daß er unter den Marx-Dogmatikern bei weitem nicht der orthodoxeste ist. Um deutlich zu zeigen, was ich meine, sei hier eine Stelle aus seinem Geleitwort zitiert:

„In sehr vielen dieser Fälle zeigt eine nähere Analyse, daß der vermeintliche ‚Widerspruch‘ in Wahrheit als solcher gar nicht existiert, sondern nur durch eine symbolisch abgekürzte, oder aus anderen Gründen mißverständliche Ausdrucksweise vorgetäuscht wird. Wo eine so einfache Beseitigung des Widerspruchs nicht möglich ist, muß sich der antidialektische Gegner der Rede vom Widerspruch in einem als strenge Wissenschaft auftretenden begrifflichen Ableitungszusammenhang mit dem schon von Mering in seiner interessanten Studie über den Marxschen Stil in Erinnerung gebrachten Ausspruch Goethes über die Gleichnisse trösten: Gleichnisse dürft Ihr mir nicht verwehren, ich wüßte mich sonst nicht zu erklären.“

In der Tat hat der von Marx an vielen wichtigen Stellen seines Werkes angewendete ‚dialektische‘ Kunstgriff, die Gegensätze zwischen dem wirklichen gesellschaftlichen Sein und dem Bewußtsein seiner Träger... als ebensowenig Widersprüche darzustellen, in allen Fällen den Charakter

Um die politische Amnestie in Preußen.

Wie bereits im „Funken“ vom 3. Juli berichtet worden ist, hat der Preußische Staatsrat gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Amnestierung politischer Straftaten Einspruch erhoben. Im Gegensatz dazu hat der Preußische Staatsrat gegen das auf sozialdemokratische Initiative beschlossene Gesetz über die Amnestierung der sogenannten Notdelikte keine Einwendungen erhoben, so daß das letztere Gesetz in Kraft getreten ist.

In der Begründung des Einspruchs gegen das politische Amnestiegesetz hat der Staatsrat darauf hingewiesen, daß das Gesetz eine schwere Gefährdung der Strafrechtspflege und der Staatsautorität bilde, da es vorwiegend aus politischen Gründen begangene Straftaten ohne Rücksicht auf die Gesinnung des Täters von Strafe freilasse und auch bei Dienstvergehen der Beamten keine Rücksicht auf die Art und Schwere des Vergehens nehme; während bei Notdelikten Amnestie nur eintrete, wenn die Tat nicht von Roheit, Gewinnsucht oder Niedrigkeit der Gesinnung zeuge, würden politische Delikte ohne Rücksicht darauf amnestiert.

Es ist anzuerkennen, daß der Staatsrat in diesem Sinne zu dem Landtagsbeschuß Stellung genommen hat, denn wenn es auch zu begrüßen wäre, daß die etwa 8000 politischen Gefangenen der KPD aus den Gefängnissen befreit würden, so würde doch die generelle Begnadigung politischer Delikte — auch der politischen Morde und der Rohheitsdelikte — im Augenblick nicht zu verantworten sein. Dadurch würde den terroristischen Elementen der NS nur Vorschub geleistet werden. Denn die Morde und Rohheitsdelikte aus politischen Motiven gehen vor allem auf das Konto der NS.

Der Preußische Staatsrat hat an dem vom Landtag beschlossenen Amnestiegesetz weiterhin bemängelt, daß der Straferlaß sich auch auf die erkannte Einziehung politischer Schriften und Bilder beziehe. Darin kann ich allerdings keinen Fehler des Gesetzes erblicken; denn wenn diese Vorschriften in Kraft getreten wären, dann hätte dies zur Freigabe eines großen Teiles der politischen Literatur revolutionärer Schrift-

steller geführt. Insbesondere gilt dies von den politischen Schriften, die vom Reichsgericht deshalb eingezogen worden sind, weil es in ihnen den Tatbestand des sogenannten literarischen Hochverrats erblickt. Es wäre sicherlich erfreulich gewesen, wenn diese gegen die Freiheit der Literatur gerichtete Rechtsprechung des Reichsgerichts einen Schlag bekommen hätte.

Schließlich hat der Staatsrat auch daran Kritik geübt, daß der Landtag die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Nachprüfung der Urteile der Gerichte in politischen Strafsachen beschlossen habe. Der Staatsrat erblickt hierin eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Rechtspflege. Auch insoweit kann ich der Begründung des Einspruchs nicht zustimmen; denn die Gerichte sind ohnehin politisch nicht unabhängig.

Nachdem der Staatsrat gegen das erwähnte Gesetz Einspruch erhoben hat, wird es nach den Bestimmungen der Preußischen Verfassung (Artikel 42) an den Landtag zurückverwiesen. Wenn der Landtag das Gesetz mit Zweidrittel-Mehrheit bestätigt, dann tritt das Gesetz trotz des Einspruches des Staatsrates in Kraft. Anderenfalls gilt es als gescheitert. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sich eine solche Mehrheit im Landtag findet, denn die Rechtsparteien verfügen zusammen mit den Kommunisten nicht über eine Zweidrittel-Mehrheit.

Es verläutet, daß der Preußische Staatsrat von sich aus eine neue Vorlage einbringen wird, die den erwähnten Bedenken des Staatsrates Rechnung tragen soll.

Kurt Labischin.

h Berlin, 5. Juli.

Der Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrates begann am Dienstag die Vorberatung des Amnestiegesetzentwurfes. Außer den bekannten Anträgen der Sozialdemokraten und der Kommunisten stand ein von den Mitgliedern der Fraktion „Arbeitsgemeinschaft“ ausgearbeiteter vorläufiger Entwurf zur Erörterung. Die Fraktionen des Staatsrates werden am Mittwoch zu der Vorlage Stellung nehmen.

An die Wähler auf Reisen!

Abstimmungslokale auf Bahnhöfen.

Nach einer Verordnung des Reichsministers des Innern sind zum 31. Juli auf folgenden Bahnhöfen Abstimmungsmöglichkeiten für Reisende vorgesehen: Aachen Hbf., Augsburg, Bentheim, Berlin Anhalter Bf., Berlin Friedrichstraße, Berlin Görlitzer Bf., Berlin Lehrter Bf., Berlin Potsdamer Bf., Berlin Schles. Bf., Berlin Stettiner Bf., Berlin Zool. Garten, Bremen Hbf., Breslau Hbf., Charlottenburg, Cranenburg, Dt.-Eylau, Dresden Hbf., Emmerich, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. M. Hbf., Freiburg (Brsg.), Freilassing (gegenüber dem Bahnhof im Bahnhofshotel Foekkerer), Friedrichshafen (Hafenbahnhof), Groß-Boschpol (Pommern), Hamburg Hbf., Hannover Hbf., Insterburg, Karlsruhe Hbf., Kehl, Koblenz, Köln Hbf., Königsberg, Konstanz, Leipzig Hbf., Lindau, Marienburg, Mittenwald (im Schulhaus Bahnhofstr. 404, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs), München Hbf., Münster i. Westfalen Hbf., Nürnberg Hbf., Passau, Regensburg, Saßnitz Hafen, Stettin, Stuttgart Hbf., Tilsit, Trier, Warnemünde.

Das Nähere, vor allem die Abstimmungszeiten auf den einzelnen Bahnhöfen, ergeben Merkblätter, die am Abstimmungstag auf den wichtigsten Linien an die Reisenden verteilt werden.

Wieder ein Korruptionsprozeß abgeschlossen.

Um die Bank für Deutsche Beamte.

h Berlin, 5. Juli.

Die 3. Große Strafkammer beim Landgericht I verurteilte den Direktor Alois Weber von der im Jahre 1929 zusammengebrochenen Bank für Deutsche Beamte G. m. b. H. wegen fortgesetzter genossenschaftlicher Untreue und wegen Vergehens gegen § 147 des Genossenschaftsgesetzes zu einem

Jahr, einem Monat Gefängnis und 11 000 Mark Geldstrafe, ersatzweise weiteren 110 Tagen Gefängnis. Der Kaufmann Walter Treumann wurde wegen fortgesetzten Betruges zu sieben Monaten Gefängnis, der Makler Egon von Buchwald wegen fortgesetzten Betruges zu neun Monaten Gefängnis, der Kunstmaler Jack Kende wegen Beihilfe zum Betrug zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Berlin, 1. Juli. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen den Generaldirektor Max Apelt und den Direktor Emil Fischer, beide von der Berliner Assekuranz-Vereinigung AG, Anklage erhoben wegen handelsrechtlicher Untreue, Bilanzverschleierung und Abgabe falscher Erklärungen gegenüber dem Handelsregister. Das Ermittlungsverfahren hat mehrere Jahre gedauert. Die Assekuranz ist 1931 — merkwürdiger Weise also erst während des Ermittlungsverfahrens — in Konkurs geraten.

Aschaffenburg, 2. Juli. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankagenten Sator wegen Amtswahrschuldung in Höhe von einigen zehntausend-Mark zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe.

Willi Sklarek, der gegen seine Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust Revision eingelegt hatte, hat diese jetzt zurückgezogen. Das Urteil ist damit rechtskräftig.

Ein Nazi, mehrere Stennes-Leute und Kommunisten sind Angeklagte in einem Prozeß, der in Berlin am Dienstag begann. Es handelt sich um die Ermordung des Hitler-Jungen Norkus im Januar. Stennes soll in dem Prozeß als Zeuge vernommen werden.

Die spinale Kinderlähmung hat in Magdeburg das zweite Todesopfer gefordert.

und den Wert eines nicht banalen, sondern tiefe Zusammenhänge erleuchtenden Gleichnisses.“ Das heißt also, wenn Worte einen Sinn haben: Was der Leser nicht versteht, ist kein Fehler von Marx, sondern ein „dialektischer“ Kunstgriff — ein typischer Dogmatismus Korsch's.

Denn hier liegt eben gerade der Haken für den undialektischen Leser — und alle wissenschaftlich gebildeten Menschen sind undialektische Leser, d. h. es sind Leute, die überzeugt sind, daß es in der Wirklichkeit keine Widersprüche gibt, höchstens einander widersprechende Behauptungen. — Diese undialektischen Leute halten deshalb auch nicht viel von einer sogenannten Wissenschaft, die sich nicht anders als in „Widersprüchen“ ausdrücken kann, in Widersprüchen, die „in Wahrheit als solche gar nicht existieren, sondern nur durch eine symbolisch abgekürzte, oder aus anderen Gründen mißverständliche Ausdrucksweise vorgetäuscht“ werden. Wer sich nur symbolisch oder mißverständlich ausdrücken kann, soll keine Wissenschaft treiben, sondern Lyriker oder Theologe werden. Dem Leser einer wissenschaftlichen Schrift gegenüber muß man gerade erklären, daß er sich durch eine symbolische Ausdrucksweise nicht über Mängel an Exaktheit und Wahrheit hinwegschubsen lassen soll, und daß eine wissenschaftliche Theorie sehr wohl ohne Gleichnisse auskommen muß und kann. Nicht umsonst ist der typische Ort für die Verwendung des Gleichnisses die Bibel und das Märchenbuch. Eine ökonomische oder soziologische oder andere Theorie soll sich bemühen, ihre Begriffe und ihre Ausdrucksweise auf eine klare Linie zu bringen und jedenfalls nicht vorher sich über andere Leute hohnlachend lustig machen, die von einer Wissenschaft verlangen, daß in ihr exakt und sauber gedacht wird. Für alle Leute, denen dies etwas neues ist, zitiere ich hier den alten chinesischen Weisen:

„Dsi Lu sprach: ‚Der Fürst von We wartet auf den Meister, um die Regierung auszuüben. Was würde der Meister zuerst in Angriff nehmen?‘ Der Meister sprach: ‚Sicherlich die Richtigstellung der Begriffe.‘ Dsi Lu sprach: ‚Darum sollte es sich handeln? Da hat der Meister weit gefehlt! Warum denn deren Richtigstellung?‘ Der Meister sprach: ‚Wie roh du bist, Yu! Der Edle läßt das, was er nicht versteht, sozusagen beiseite. Wenn die Begriffe nicht richtig

sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zu stande; kommen die Werke nicht zu stande, so gedeiht Moral und Kunst nicht; gedeiht Moral und Kunst nicht, so treffen die Strafen nicht; treffen die Strafen nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen.“ Kung Futs'e, Gespräche, Buch XIII, 3.

Das andere Bedenken Korsch's: Ich habe geschrieben, für den Herausgeber Korsch sei die Marxsche Anschauung, daß ohne Sperrung des Bodens keine kapitalistische Ausbeutung möglich sei, so wichtig, daß er die Seite 710 überschreibt: „Freiland verhindert Lohnsklaverei.“ Der Tatbestand selber wird natürlich von Korsch nicht bestritten. Es handelt sich hier um einen der Fälle, wo die Marxsche Theorie nicht symbolisch oder mißverständlich, sondern widerspruchsvoll, und zwar wirklich widerspruchsvoll und also falsch ist. Korsch verwarft sich nun dagegen, daß ich ihn durch die Behauptung, „für den Herausgeber Korsch ist dies sogar so wichtig...“ umgestempelt hätte, und zwar „gleich als ganzen oder halben Anhänger, dieser Ihrer Nelson-Oppenheimer'schen Anschauung in Anspruch genommen“ hätte.

Ich kann dies aus meiner Behauptung nicht herauslesen, bestätige aber dem Genossen Korsch gern ausdrücklich, daß ich das auch nicht gemeint habe. Ich würde damit vielmehr nur sagen, daß die Marxsche Darstellung der Bedeutung der Bodensperre so einleuchtend sei, daß der Herausgeber Korsch, der genötigt war, die Quintessenz dieser Seite in einer Überschrift auszudrücken, diese Quintessenz tatsächlich in drei Worten erfaßt hat: „Freiland verhindert Lohnsklaverei!“

Wir haben vor einigen Tagen einen kurzen Briefwechsel zwischen Julius Dickmann und Franz Oppenheimer veröffentlicht, der ebenfalls über das häufige, aber längst nicht erschöpfte Thema des Marxismus im weitesten Sinne geführt wurde. Wir halten es für erwünscht, wenn die Diskussion zu diesem Thema weitergeführt wird unter der selbstverständlichen Voraussetzung der unvoreingenommenen Sachlichkeit, die allein der Lösung der uns alle interessierenden Fragen näherkommen kann.

Willi Eichler.

Ein Unternehmer über Bekämpfung der Krise.

Material zu unserem Krisenprogramm.

Kommerzienrat Adolf Haeffner, Frankfurt a. M., beschäftigt sich ausführlich mit unserem Krisenprogramm im Leitartikel der Juni-Nummer der „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.-Hanau, Wiesbaden, Limburg“.

Was Haeffner zu unserem Krisenprogramm sagt, ist für uns besonders interessant, weil er ein Vertreter der verarbeitenden Industrie ist. Denn unser Programm bringt ja der verarbeitenden Industrie — auf Kosten der Schwerindustrie und der Großagrarien — die Aussicht auf Besserung des Absatzes.

Wir veröffentlichen die Ausführungen von Haeffner zum Teil wörtlich, um unseren Lesern die Bildung eines eigenen Urteils darüber zu ermöglichen, ob die verarbeitende Industrie die Durchsetzung unseres Krisenprogramms durch die Arbeiterschaft bekämpfen oder tolerieren würde. Diese Frage selber ist angesichts der politischen Lage wichtig; denn die Arbeiterschaft ist heute weiter denn je davon entfernt, allen wirklichen oder eingebildeten Gegnern gleichzeitig den Kampf mit Aussicht auf Erfolg ansagen zu können. Der Angriff auf Schwerindustrie, Großgrundbesitzer und Generäle ist schwer genug. Ob Bauern oder verarbeitende Industrie mehr oder minder wohlwollend beiseite stehen, wird daher für den Ausgang des Kampfes entscheidend wichtig sein.

Ein Unternehmer stellt unser Programm dar.

Haeffners Bericht über die von uns vertretene „Kaufkrafttheorie“ beginnt ganz richtig:

„Die Kaufkrafttheorie beruht auf der Anschauung von Karl Marx, daß der letzte Grund aller wirklichen Krisen die Armut und die Konsumtionsbeschränkung der Massen ist.“

Unternehmer-Einwände.

Nun die Haupteinwände, soweit sie nicht bereits aus der Darstellung unseres Programms hervorgehen, zum Beispiel aus den Worten „Zertrümmerung (!) der Schwerindustrie“:

1. Haeffner behauptet, wir gingen über die Umstellungsschwierigkeiten, die für die Landwirtschaft entstehen würden, leicht hinweg.

Wir haben die von uns vorgeschlagene Wirtschaftspolitik wahrlich nicht in zu rosigen Lichte dargestellt! Wir schrieben auf Seite 32 ausdrücklich: „Es handelt sich um eine Operation auf Leben und Tod.“ Wir haben in unserer Broschüre die einzelnen Gefahren aufgezählt und gesagt, was zu ihrer Überwindung getan werden kann. Haeffner geht darauf leider nicht ein.

2. Die deutsche Produktion wird ohne irgendwelchen Schutz gelassen, hält Haeffner uns ferner entgegen.

Die Bauern brauchen nach der Uebergangszeit keinen Schutz.

Die Schwerindustrie braucht nach Bankrott einiger Unternehmen, nach der damit verbundenen Schuldenabschüttelung und der darauf folgenden besseren Beschäftigung der besten Unternehmungen und Betriebe keinen Schutz (außer etwa gegen Dumping-Preise anderer Länder; dieser Schutz könnte und sollte natürlich gewährt werden). Ist etwa Kommerzienrat Haeffner noch skeptischer als wir in bezug auf die Leistung seiner Kollegen Wirtschaftsführer? Hält er etwa die mit so großem Aufwand hingestellte deutsche Schwerindustrie für grundsätzlich konkurrenzunfähig? Um so weniger Grund hätte er, sich für sie einzusetzen!

3. Deutschland liefert sich der Willkür des Auslandes aus:

„Es gibt kein Land in Europa, das seine Landwirtschaft völlig im Stiche ließe, und auch der Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, Dr. Baade, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, der Schöpfer des Eosin-Roggens, vertritt diese Anschauung und betrachtet den Schutz der heimischen Landwirtschaft als eine Selbstverständlichkeit für jeden Staat, der sich sein eigenes Leben erhalten will.“

Daß Herr Dr. Baade sich in die großagrarisches Front einreißt und aus der SPD noch nicht herausgeworfen ist, darin sehen wir keinen Beweis für die Richtigkeit der großagrarischen Politik. Haeffner steht übrigens nicht so unbedingt wie Baade auf der großagrarischen Seite; denn er schreibt:

„Ueber den Umfang des Schutzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann man natürlich in Einzelheiten sehr verschiedener Anschauung sein, und man vertritt wohl mit Recht die Ansicht, daß der Schutz der Landwirtschaft nicht so weit gehen darf, daß hierdurch die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit geschädigt wird.“

Ist diese Grenze nicht längst erreicht? Wird die Gesamtheit denn nicht geschädigt bei einer jährlichen Tributlast zu Gunsten der Landwirtschaft — in der Hauptsache zu Gunsten der Großagrarien — von 3 bis 4 Milliarden Mark? Die „Auslieferung“ besteht darin, daß jene Milliarden an Bankrotteure und außerdem unzählige ausländische Farmer, die nur zu gern Getreide nach Deutschland liefern würden, dem Bankrott ausgeliefert werden!

4. Besonders erfreulich ist der folgende Einwand Haeffners:

„So muß vor allen Dingen auf die Struktur eines Landes Rücksicht genommen werden, und es ist bedauerlich, daß wir in Deutschland in dieser Hinsicht ungünstiger gestellt sind als manche anderen Länder. Frankreich zum Beispiel besitzt kein Großagrariertum, sondern ein ziemlich gleichförmig entwickeltes Bauerntum, das 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung (? Rpt.) ausmacht, während Deutschland, das infolge seines minder guten Bodens und seiner ungleichmäßigen Verteilung — im Osten Großgrundbesitz, im Westen in der Hauptsache bäuerlicher Besitz —, daneben aber mit einer gegenüber Frankreich sehr viel stärker entwickelten Industrie, bei einem Verzicht auf den Schutz seiner Landwirtschaft sehr viel schlechter daran ist, als zum Beispiel Frankreich.“

Unser Krisenprogramm wird von Haeffner im allgemeinen richtig wiedergegeben. Da uns aber auch die Art, wie ein kapitalistischer Unternehmer unser Krisenprogramm zusammenfaßt, interessant zu sein scheint, lassen wir seine Ausführungen hier teilweise folgen:

„Und was habe nun die Krise hervorgerufen? Der Umstand, daß man die Produktionsgüterindustrie sich zu sehr habo ausdehnen lassen und daß man, als diese in ein Mißverhältnis zu der Konsumkraft der Massen trat, das Entgegengesetzte von dem tat, was man hätte tun sollen: statt die Produktion zu verbilligen, senkte man die Löhne. Diese Verbilligung hätte man, so heißt es, sehr wohl erreichen können, wenn man die Kartellpreise für industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate sowie die Getreidepreise radikal gesenkt hätte. Würde man also das Großagrariertum zerschlagen und Getreide zu billigeren Preisen einführen, so könnte man damit die Kaufkraft des Arbeiters steigern, der dann natürlich mehr Geld zum Kaufe anderer Dinge übrig behielte. Auf diese Weise würde auch die Industrie wieder belebt und ein erhöhter Export von Fertigfabrikaten ermöglicht werden. Die Schwerindustrie wiederum, die durch Subventionen künstlich erhöhte Preise für diese wichtigsten Produktionsmittel jeder Industrie erhalte, trage auf diese Weise nicht nur zu einer Verteuerung der Bauwirtschaft u. s. w. bei, sondern beeinträchtige auch die verarbeitende Industrie in ihrem Kampfe auf dem Weltmarkt. Ein Zertrümmern der Schwerindustrie durch Beseitigung der Zölle würde somit zu einem erhöhten Umsatz in Fertigfabrikation und zu einer Vergrößerung der Massenkaukraft durch billige Preise führen. . . . Wir sollen das Getreide von dem Lande beziehen, das am billigsten zu produzieren vermag, und unsere Grenzen auch für alle Rohmaterialien und Halbfabrikate öffnen, ohne unserer eigenen Produktion irgendwelchen Schutz angedeihen zu lassen. Ja, man geht in der Beweisführung noch weiter und sagt wörtlich: . . .“

(Hier folgt ein ausführliches Zitat von Seite 17 unserer Krisenbroschüre.)

Auch wir finden, daß Deutschland in mancher Hinsicht ungünstiger gestellt ist als andere Länder. Eben diese Ungunst wollen wir ja, soweit möglich, beseitigen! Haeffner selber ist übrigens auch nicht gegen eine Aenderung der landwirtschaftlichen Struktur; denn er tritt, wie wir noch sehen werden, für Siedlung ein.

5. Der letzte Einwand, den Haeffner vorbringt: „Würde nun die Massenkaukraft durch diese Maßnahmen gesteigert, so würde sich dies sehr bald in einer Steigerung der Löhne auswirken: das Lohnniveau würde im Verhältnis zu den Löhnen der umgebenden Länder steigen und unsere Wettbewerbsfähigkeit erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Damit fielen aber von selber auch das Problem der hohen Löhne in sich zusammen; der Export würde sinken und die Arbeitslosigkeit wieder zunehmen.“

Will Haeffner überhaupt eine Belebung der Konjunktur? Woher als von Stärkung der Massenkaukraft soll sie kommen? Unternehmer werden doch vor Stärkung der Massenkaukraft keine neuen Fabrikanlagen hinstellen!

Die Belebung der Konjunktur wird sich übrigens leider nicht „sehr bald in einer Steigerung der Löhne (gemeint ist: Geldlöhne) auswirken“. Erst muß die Reservearmee von 6 bis 7 Millionen Arbeitslosen stark zusammenschmelzen! In bezug auf das Tempo hat Haeffner also leider unrecht. In bezug auf den Zusammenhang hat er allerdings recht: Die Löhne werden steigen bei Besserung der Konjunktur. Da in einem Land mit kräftigem Binnenmarkt die Produktionsstätten besser ausgenutzt werden, kann dieses Land trotz höherer Löhne billiger exportieren als Länder mit niedrigen Löhnen. Der Export wird also nach der Steigerung der Löhne — die, wie gesagt, nicht so bald eintreten wird — nicht sinken!

Kurz, Haeffners letzten Einwand müssen wir mit der Frage beantworten: Fürchtet sich dieser Wirtschaftsführer vor Besserung der Konjunktur, weil er in ihr höhere Löhne zahlen müssen?

Unternehmer-Krisentheorie.

Haeffner widerlegt unsere Krisenerklärung mit keinem Wort. Oder genügt zur „Widerlegung“ in seinen Krisen die Behauptung: Unsere Erklärung beruhe auf einer Anschauung von Karl Marx?

Es scheint fast! Denn er bringt nach einer erfreulich deutlichen Absage an Autarkie-Forderungen und Währungsexperimente ohne weiteres die folgende Blütenlese von Krisenursachen:

„Die unmittelbare Ursache der Weltkrise ist zweifellos der Weltkrieg . . . Friedensschlüsse . . . Reparationslasten . . . das Hereinströmen von Milliarden auswärtigen, namentlich amerikanischen Kapitals, das zu den bekannten Fehlleitungen bei den Kommunen und der Industrie, zur Auf-

blähung des Beamtenapparates in der Verwaltung, zur verderblichen Lohnpolitik der Gewerkschaften und zu so manchen anderen Mißständen führte. . . die geradezu lawnenartige Entwicklung der Technik . . . Ein Industriezweig lebte von dem anderen, man verkannte, daß die Produktion über den Bedarf hinausgeschossen war und daß selbst die gewaltsame Steigerung der Lebensansprüche eines jeden, die durch die Schaffung künstlicher Kaufkraft, namentlich in Amerika, noch erhöht wurde, auf die Dauer dieses Mißverhältnis nicht zu beseitigen in der Lage war.“

Wirklich? Selbst bei Anwendung von Gewalt war keine Steigerung der Lebensansprüche der Arbeiter von Voigt & Haeffner in Frankfurt am Main möglich?

Die Gewalt (in Form von Bodensperre, Zollmauern u. s. w.) wurde gerade dazu verwendet, die „Lebensansprüche“ niedrig zu halten! Und eben diese Gewaltanwendung hat die Krise herbeigeführt.

Von einem Unternehmer Einsicht in diesen Zusammenhang zu erwarten, ist offenbar in den meisten Fällen zu viel verlangt. Für die Tolerierung der von uns vorgeschlagenen Wirtschaftspolitik ist es ja auch gleichgültig, ob die Unternehmer meinen, Ursache der Krise sei die Häufung der Sonnenflecken oder die Stellung des Planeten Venus zu Erde und Sonne. Es kommt darauf an, wie sie sich zu den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Krisenüberwindung stellen.

Sind Unternehmer unbelehrbar?

Was will Haeffner gegen die Krise tun? Er macht einige Vorschläge, von denen die wichtigsten hier kurz angeführt seien zur Abrundung des Bildes und um zu ermessen, wie zugänglich oder unzugänglich dieser Unternehmer unserem Krisenprogramm gegenüber ist. Er fordert:

„1. Zurückführung unserer Industrie von ihrem aufgeblähten Umfang, den sie infolge falscher Beurteilung der Verhältnisse angenommen hat, auf eine vernünftige Basis. Daß dieser Prozeß für den davon Betroffenen äußerst schmerzhaft ist, und daß nicht nur leichtsinnig oder schlecht geleitete Unternehmungen der Entwicklung zum Opfer fallen, sondern auch solide, gut geleitete Unternehmen, dürfte nicht zu bestreiten sein. Ich möchte sagen, daß fast ein jeder Industrieller heute damit rechnen muß, sein Lebenswerk in Frage gestellt zu sehen; die Entwicklung geht rücksichtslos über alle Gefühlsmomente hinweg und kümmert sich nicht um das Schicksal des einzelnen.“

Also doch ein schmerzhafter Prozeß der Zurückführung der Industrie von ihrem aufgeblähten Umfang (mit Bankrotten!) als Weg zur Gesundung?

Die Firma Voigt & Haeffner gehört zur metallverarbeitenden Industrie. Sie hat die Wahl, ob sie bankrott machen will, oder ob sie dieses „Schicksal“ gewissen schwerindustriellen Unternehmungen, die weit mehr aufgebläht sind, zu Teil werden lassen will. Kann die Wahl eigentlich schwer fallen? Vor der gleichen Wahl stehen heute alle Unternehmungen der verarbeitenden Industrie.

„2. Verstärkung der Siedlungstätigkeit, und zwar durch eine teilweise Umwandlung des verschuldeten Großgrundbesitzes in Bauerngüter. Ich sage ausdrücklich: eine teilweise Umwandlung . . .“

Mehr als eine teilweise Umwandlung ist so rasch inmitten der Krise gar nicht möglich. — Daß die Siedlung endlich großzügig angegriffen wird, daran muß die gesamte verarbeitende Industrie aufs höchste interessiert sein; denn es handelt sich um ihre Kunden, die als Siedler angesetzt werden.

„3. Einen dritten Punkt zur Besserung würde ich in dem Bestreben der Regierung erblicken, sich durch eine Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe, durch eine Vereinfachung der Verwaltung, auf die wir nun schon seit Jahren warten, durch eine Vereinfachung des Steuersystems und Herabsetzung einzelner Steuerarten wieder das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben.“

Auch gegen diesen Programmpunkt ist in dieser Formulierung nichts einzuwenden. Was im einzelnen zum Beispiel in bezug auf Höhe der Arbeitslosenhilfe und die Reform der Besteuerung geboten ist, darüber sind wir sicher wesentlich anderer Ansicht als Haeffner. Das, was auf diesen Gebieten geboten ist, wird wohl nur im Kampf gegen alle Unternehmer durchgeführt werden können.

„4. Als vierten Punkt möchte ich erwähnen, daß auf allen Gebieten wieder eine einfachere Lebensweise Platz greifen muß. Dies gilt für alle Kreise der Bevölkerung.“

Da Haeffner von der Möglichkeit der gewaltsamen Steigerung der Lebensansprüche der Massen, wie wir gesehen haben, sehr merkwürdig, jeder Erfahrung im Gesicht schlagende Vorstellungen hat, halten wir ihn bis auf weiteres nicht für sachverständig genug auf dem Gebiet der Lebenshaltung der Massen. Ueber die der Kapitalisten wird er um so besser Bescheid wissen, und für diese ist seine Mahnung sicher berechtigt.

Die Aufgaben der Arbeiterschaft.

Wir sind natürlich nicht verwundert darüber, daß ein kapitalistischer Unternehmer, auch wenn er zur verarbeitenden Industrie zählt, unser Programm nicht mit Beifall annimmt. Es wäre ja ein schlechtes Zeichen, wenn ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise bei einem Kapitalisten eine solche Aufnahme finden würde.

Wir sind aber auch nach dieser Analyse der Antwort eines Unternehmers immer noch der Ansicht, daß Unternehmer der verarbeitenden Industrie die Durchführung unseres Programms tolerieren würden, Voraussetzung ist freilich, daß die Arbeiterschaft kraftvoll auftritt und an die verarbeitende Industrie — und ähnlich an die Banken — die konkrete Frage stellt:

Wollt Ihr mit Schwerindustriellen und Junkern untergehen, oder wollt Ihr mit der Arbeiterschaft erhalten bleiben?

Andererseits macht diese Untersuchung klar: Das von uns vorgeschlagene Krisenprogramm hat nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn die Arbeiterschaft einen starken Druck ausübt, nicht nur gegenüber ihren Todfeinden, den

Großagrariern und Schwerindustriellen, einen tödlichen Druck — sondern auch einen Druck auf die übrigen Kapitalisten. Freiwillig schwenken sie nicht ein in die Front gegen ihre Kollegen im Ruhrgebiet und in Ostelbien. Eher schließen sie sich unter der Führung der Generäle und unter dem Schutz der Braunhemden mit Junkern und Schwerindustriellen zu einem noch engeren Bündnis zusammen zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, zu einem Bündnis, auf Grund dessen der Versuch zu erwarten wäre, die Krise zu überwinden durch militärische Mittel: Arbeitsdienstplicht, Bürgerkrieg, Krieg.

Auf welche Seite sich die verarbeitende Industrie von Kommerzienrat Haeffner bis zum handwerksmäßigen Kleinbetrieb und auf welche Seite sich die Bauern schlagen, das hängt davon ab, wie stark die Arbeiterklasse auftritt.

Wie stark die Arbeiterklasse auftritt, hängt nur davon ab, wie zersplittert oder einig sie ist.

Die elementare Voraussetzung für jeden entscheidenden Schritt zu einer anderen Überwindung der Krise als nach dem Rezept der Generäle ist daher die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Hellmut Rauschenplat.